

Benachteiligung deutscher Sparerinnen und Sparer und Institute durch nationale Sonderregeln

Das Bundeskabinett hat im Juli den Entwurf des Risikoreduzierungsgesetzes (RiG) beschlossen. Im Wesentlichen dient das RiG der nationalen Umsetzung des EU-Bankenpaketes. Für deutsche Institute und ihre Kundinnen und Kunden ist die im RiG vorgesehene Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes ausgesprochen problematisch: Denn der Entwurf schreibt für bestimmte Anlagemöglichkeiten eine **Mindeststückelung von 50.000 EUR** vor, wenn sie an **Privatleute** verkauft werden.

Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung geht ganz **wesentlich über die zwingenden Vorgaben des EU-Rechts (sog. gold plating) hinaus**: Denn die Mindeststückelung von 50.000 EUR soll auch für Eigenmittel von Banken gelten, während die EU-Richtlinie diese von der verpflichtenden Anwendung ausdrücklich ausnimmt. Dies hat weitreichende Folgen:

- Wir als UmweltBank bilden seit vielen Jahren Eigenmittel durch die Ausgabe von Genussrechten, Genussscheinen, Nachrang- und Wandelanleihen. Diese Finanzinstrumente wurden bei tausenden privaten Kundinnen und Kunden platziert. Das Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzesentwurfs hätte **ganz erhebliche, negative Folgen** für uns im Hinblick auf die **notwendige Beschaffung von Eigenmitteln**.
- Der Gesetzesentwurf hätte auch für private Kleinanlegerinnen und Kleinanleger überaus negative Folgen: Denn durch die avisierten Neuregelungen werden ihnen **lukrative Möglichkeiten der Geldanlage vorenthalten**. In Zeiten von Niedrigzinsen fallen so zahlreiche und etablierte Anlageprodukte ersatzlos weg.
- **Deutsche Kleinanlegerinnen und -anleger werden entmündigt**, indem sie von gängigen Anlageprodukten ausgeschlossen werden. Die Deutsche Kreditwirtschaft urteilt: „*Gerade Tier2-Instrumente [d.h. spezielle Eigenmittel] sind beispielsweise ein sehr einfach ausgestaltetes Produkt, welches seit vielen Jahren bei Privatkunden als Anlageprodukt etabliert und dessen Funktionsweise und Risikogehalt ... vollumfänglich transparent ist.*“
- Der deutsche Sonderweg steht für **Ungerechtigkeit**: Wohlhabende können nach wie vor in die lukrativen Instrumente investieren, indem sie über 50.000 EUR anlegen. „Normal“ verdienende werden einfach davon ausgeschlossen.
- Der deutsche Gesetzesentwurf steht für **Unverhältnismäßigkeit**, da keine Mindeststückelung z.B. für Aktien vorgeschrieben ist, aber für einfache Eigenmittel-Instrumente vorgesehen wird.
- Anlegerschutz ist wichtig! Er wird bereits durch die konkrete Formulierung der EU-Richtlinie erreicht. **Der deutsche Gesetzesentwurf geht deutlich über die EU-Vorgaben hinaus, er grenzt unverhältnismäßig und umfangreich deutsche Kleinanlegerinnen und Kleinanleger von lukrativen Anlagemöglichkeiten aus und beschränkt deutsche Banken sehr weitreichend in der Möglichkeit, Eigenmittel zu generieren.**

Um eine **Benachteiligung deutscher Institute und ihrer Kundinnen und Kunden zu vermeiden**, schlagen wir vor, in der deutschen Gesetzgebung keine über die Pflichtvorgaben der EU-Richtlinie hinausgehenden Anforderungen zu stellen.

Anhang 1: Risikoreduierungsgesetz, Gesetzentwurf der Bundesregierung

„§ 65b Veräußerung nachrangiger berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten und relevanter Kapitalinstrumente an Privatkunden

Unbeschadet der Vorschriften dieses Abschnitts dürfen nachrangige berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten nach § 2 Absatz 3 Nummer 40a des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes sowie relevante Kapitalinstrumente nach § 2 Absatz 2 des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes an Privatkunden im Sinne des § 67 Absatz 3 nur mit einer Mindeststückelung von 50 000 Euro veräußert werden. Satz 1 gilt nicht für Verbindlichkeiten und relevante Kapitalinstrumente im Sinne dieser Vorschrift, die vor dem 28. Dezember 2020 begeben wurden.“

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_VII/19_Legislaturperiode/2020-04-22-Risikoreduierungsgesetz/2-Regierungsentwurf.pdf?__blob=publicationFile&v=6, S. 139

Anhang 2: Risikoreduierungsgesetz, Gesetzentwurf der Bundesregierung, Änderung des § 65b (Gegenvorschlag der UmweltBank)

„§ 65b Veräußerung nachrangiger berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten ~~und relevanter Kapitalinstrumente~~ an Privatkunden

Unbeschadet der Vorschriften dieses Abschnitts dürfen nachrangige berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten nach § 2 Absatz 3 Nummer 40a des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes ~~sowie relevante Kapitalinstrumente nach § 2 Absatz 2 des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes~~ an Privatkunden im Sinne des § 67 Absatz 3 nur mit einer Mindeststückelung von 50 000 Euro veräußert werden. Satz 1 gilt nicht für Verbindlichkeiten ~~und relevante Kapitalinstrumente~~ im Sinne dieser Vorschrift, die vor dem 28. Dezember 2020 begeben wurden.“

Anhang 3: BRRD-Änderungsrichtlinie

Artikel 44a Veräußerung nachrangiger berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten an Kleinanleger

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ein Verkäufer nachrangiger berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten, die alle Bedingungen nach Artikel 72a der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 mit Ausnahme von Artikel 72a Absatz 1 Buchstabe b und von Artikel 72b Absätze 3 bis 5 der genannten Verordnung erfüllen, diese Verbindlichkeiten nur an einen Kleinanleger im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 Nummer 11 der Richtlinie 2014/65/EU verkaufen darf, wenn alle der folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) Der Verkäufer hat einen Eignungstest gemäß Artikel 25 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU durchgeführt;
- b) der Verkäufer hat sich auf Grundlage des Tests nach Buchstabe a davon überzeugt, dass diese berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten für diesen Kleinanleger geeignet sind;
- c) der Verkäufer dokumentiert die Eignung gemäß Artikel 25 Absatz 6 der Richtlinie 2014/65/EG.

Ungeachtet des Unterabsatzes 1 können die Mitgliedstaaten bestimmen, dass die in den Buchstaben a bis c des genannten Unterabsatzes festgelegten Voraussetzungen auf Verkäufer anderer Instrumente, die als Eigenmittel oder bail-in-fähige Verbindlichkeiten eingestuft sind, anzuwenden sind. [Dieses Wahlrecht übt der Gesetzentwurf der Bundesregierung unnötigerweise aus]

(2) Sind die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen erfüllt und übersteigt das Finanzinstrument-Portfolio dieses Kleinanlegers zum Zeitpunkt des Erwerbs nicht 500 000 EUR, so stellt der Verkäufer auf Grundlage der von dem Kleinanleger zur Verfügung gestellten Informationen nach Absatz 3 sicher, dass die beiden folgenden Voraussetzungen zum Zeitpunkt des Erwerbs erfüllt sind:

a) Der aggregierte Betrag, den der Kleinanleger in Verbindlichkeiten im Sinne von Absatz 1 anlegt, übersteigt nicht 10 % seines Finanzinstrument-Portfolios;

b) dieser anfängliche Investitionsbetrag, der in eine oder mehrere Verbindlichkeiten im Sinne von Absatz 1 angelegt wird, beträgt mindestens 10 000 EUR.

(3) Der Kleinanleger liefert dem Verkäufer präzise Informationen über sein Finanzinstrument-Portfolio, einschließlich über Anlagen in Verbindlichkeiten im Sinne von Absatz 1.

(4) Für die Zwecke der Absätze 2 und 3 umfasst das Finanzinstrument-Portfolio des Kleinanlegers Bareinlagen und Finanzinstrumente mit Ausnahme von als Sicherheit hinterlegten Finanzinstrumenten.

(5) Unbeschadet des Artikels 25 der Richtlinie 2014/65/EU und abweichend von den in den Absätzen 1 bis 4 des vorliegenden Artikels festgelegten Anforderungen kann ein Mitgliedstaat eine Mindeststückelung von mindestens 50 000 EUR für Verbindlichkeiten im Sinne von Absatz 1 festlegen, wobei die marktüblichen Konditionen und Verfahren dieses Mitgliedstaats sowie die bestehenden Verbraucherschutzmaßnahmen innerhalb seines Hoheitsgebiets berücksichtigt werden.

(6) Wenn der Gesamtwert der Vermögenswerte von Unternehmen im Sinne von Artikel 1 Absatz 1, die in einem Mitgliedstaat niedergelassen sind und der Anforderung gemäß Artikel 45e unterliegen, 50 Mrd. EUR nicht übersteigt, so kann dieser Mitgliedstaat abweichend von den Anforderungen gemäß den Absätzen 1 bis 5 des vorliegenden Artikels lediglich die Anforderung gemäß Artikel 2 Buchstabe b des vorliegenden Artikels anwenden.

(7) Die Mitgliedstaaten sind nicht verpflichtet, diesen Artikel auf Verbindlichkeiten im Sinne von Absatz 1 anzuwenden, die vor dem 28. Dezember 2020 begeben wurden.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:02014L0059-20200107&from=EN>